

## **Antrag**

des Klubobmanns Dominik Oberhofer und des Landtagsabgeordneten Andreas Leitgeb betreffend:

### **Prüfauftrag: Generationencheck aller Tiroler Gesetze und Verordnungen**

Der Landtag wolle beschließen:

***„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, wie zukünftige Gesetze und Verordnungen – ähnlich der ‚Wirkungsorientierten Folgenabschätzung‘ auf Bundesebene – auf ihre Generationengerechtigkeit mit besonderem Fokus auf finanzielle, umweltpolitische, konsumentenschutzpolitische oder gesamtwirtschaftliche Auswirkungen sowie in sozialer Hinsicht geprüft werden können und dem Landtag noch vor der Sitzungsfreien Zeit im Sommer 2020 Bericht zu erstatten.“***

Zuweisungsvorschlag:

**Ausschuss: Rechts-, Gemeinde- und Raumordnung**

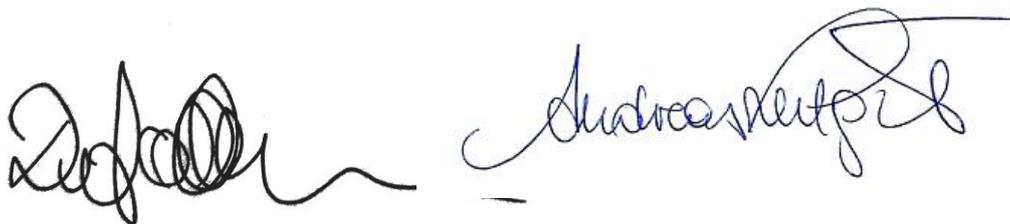
### **Begründung**

Unsere nachfolgenden Generationen haben am längsten mit den Auswirkungen der heute getroffenen politischen Entscheidungen zu leben. Das ist Grund genug, sie einerseits weit mehr in politische Prozesse einzubinden als bisher, vor allem aber muss auch die Politik selbst nachhaltig agieren. Wir NEOS fordern daher einen Generationencheck für alle Tiroler Landesgesetze und Verordnungen.

Auf Bundesebene wird seit 2013 die Bundesverwaltung über Zielvorgaben, Wirkungen und Leistungen gesteuert. Ein Teil der Umsetzung dieser Steuerungslogik ist die „Wirkungsorientierte Folgenabschätzung“ (WFA): Alle Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen (Regelungsvorhaben) aber auch größere Projekte (sonstige Vorhaben) werden anhand von angestrebten Zielen und Maßnahmen geprüft.<sup>1</sup>

Ziel der WFA ist es, für die Entscheidungsträger\_innen in Politik und Verwaltung eine nachvollziehbare, transparente Darstellung über erwünschte Wirkung einerseits sowie erwartete Kosten und unerwünschte Auswirkungen andererseits darzustellen. In festgelegten Politikbereichen („Wirkungsdimensionen“) wie etwa finanzielle, umweltpolitische, konsumentenschutzpolitische oder gesamtwirtschaftliche Auswirkungen, Auswirkungen auf Unternehmen, auf die Verwaltungskosten für Bürgerinnen und Bürger und für Unternehmen, in sozialer Hinsicht, auf Kinder und Jugend sowie auf die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern wird hier untersucht, ob mit erwünschten oder unerwünschten Auswirkungen gerechnet werden muss. Diese Folgenabschätzungen begleiten insbesondere den Gesetzesentwurf von der Vorbereitung bis zur parlamentarischen Beschlussfassung und über die Umsetzung hinaus.

Generationengerechtigkeit ist uns NEOS ein wichtiges Anliegen. Gesetze und Verordnungen die das Land Tirol erlässt, müssen diesen Aspekt stets im Fokus behalten. Wir wollen daher die Möglichkeit der WFA auf Landesebene – auch in Hinblick auf deren bürokratischen Verwaltungsaufwand – geprüft wissen.



Innsbruck, am 30. Jänner 2020

---

<sup>1</sup> Quelle: [https://www.oeffentlicherdienst.gv.at/wirkungsorientierte\\_verwaltung/folgenabschaetzung/index.html](https://www.oeffentlicherdienst.gv.at/wirkungsorientierte_verwaltung/folgenabschaetzung/index.html) (abgerufen am 27. Jänner 2020)